

Platzjabbek



Nr. 3, März 2001

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

■ Editorial

Gegenwärtig finden im Kölner Rat die Haushaltsberatungen statt. Die Mehrheitsfraktion der CDU macht es sich dabei sehr einfach. Sie geht einfach von um 60 Mio DM höheren Gewerbesteuer-Einnahmen als die Stadtverwaltung aus. Auf dieser Basis verteilt sie großzügig Geld an ihr Klientel. Die PDS wird dieses unseriöse Gebaren der CDU im Rat aufzeigen. Gleichzeitig wird sich Ratsfrau Senol vehement gegen die Politik der sozialen Kälte der CDU / FDP / Grüne wenden. Bereits im letzten Haushaltsplan sind die Mittel für die Sozialhilfe um 10 Mio DM gekürzt worden. Nunmehr soll nach Auffassung der CDU eine nochmalige massive Kürzung vorgenommen werden.

Die Debatte um die vorgesehene Änderung der Geschäftsordnung ist wieder verschoben worden. Für uns ist die Frage, Sachkundige Einwohner bestellen zu können, von besonderer Wichtigkeit. Alle anderen Parteien sind sich zur Zeit einig, uns dieses demokratische Recht vorzuenthalten. Daher rufe ich Euch alle auf, uns dabei zu unterstützen. Insbesondere könnte öffentlicher Druck ausgeübt werden, wenn ihr entsprechende Leserbriefe an bürgerliche und alternative Zeitungen sendet.

Erfreulich ist, dass der Rat mit unserer Unterstützung ein flächendeckendes Schülerticket beschlossen hat. Somit ist sichergestellt, dass jeder Schüler und jede Schülerin günstig öffentliche Verkehrsmittel benutzen kann.

Besorgniserregend ist das Ergebnis einer Anfrage der PDS-Ratsgruppe. Nach Mitteilung der Stadtverwaltung hat die Zahl rechts-extremistischer Gewalttaten um über 80 % zugenommen. Die PDS-Ratsgruppe fordert eine Verstärkung präventiver Maßnahmen. Die Lehrerfortbildung muss verstärkt werden. Auch muss die Arbeit von Sozialarbeitern in diesem Bereich stärker gefördert werden. Nur dadurch kann der aufkeimende Faschismus wirksam bekämpft werden. Es darf nie wieder zu Verhältnissen wie im sog. „Dritten Reich“ kommen.

Am 21. März 2001 ist Newroz, d.h. „neuer Tag“. An diesem Tag feiern viele Völker im mittleren Osten, u.a. auch die Kurden, ihr Neujahrsfest. Ich wünsche daher unseren Leserinnen und Lesern ein schönes Newroz! Viel Spaß beim Lesen!

Eure Sengül Senol !

Kein Wenn und Aber zur Forensik Köln PDS unterstützt Klinik Porz-Westhofen

„Normale Kriminelle werden zu Geld- oder Freiheitsstrafen verurteilt, schuldunfähige oder vermindert schuldfähige Straftäter kommen nach Richterspruch in den Maßregelvollzug (MRV), wenn sie eine Gefahr für uns darstellen. Zu unserem Schutz leben sie in Fachkliniken mit hohen Sicherheitsvorkehrungen, um dort

ganschäden, die sein Verhalten in krimineller Richtung unwiderruflich und irreversibel verändern, die menschliche Liebe und Zuneigung zu ihm bleibt dagegen humaner Weise ungeteilt. Etwa acht von Hundert aller seelisch gestörten Täter bleiben darum lebenslang hinter Klinikmauern. In den MRV-Kliniken befinden



therapiert und resozialisiert zu werden. Rund 1.610 Patienten sind in NRW (7/99) im MRV untergebracht, deutschlandweit ungefähr 4.000. Es müssten weitaus mehr sein, doch allein die Kapazität der Kliniken ist erschöpft. Ihre Ausweitung ist mehr als nötig. Und das im wohlverstandenen Interesse aller!

Die Unterbringung in einer forensischen, das heißt gerichtlichen, Klinik ist im Gegensatz zur Freiheitsstrafe nicht von vornherein befristet. Sie kann bis zum Tod dauern. Ein kleiner Teil ist nach heutigen Erkenntnissen einer Therapie nicht zugänglich und hat deshalb keine Aussicht auf Entlassung. Die Klinik muss auf Dauer für die sichere Unterbringung der Kranken sorgen. Man bedenke und nicht weit hergeholt: bei einem Verkehrsunfall erleidet ein naher Angehöriger Hirn-Or-

sich trotz Volksmär nicht nur Sexualtäter. Der größte Teil der Insassen sind Drogenabhängige, Patienten mit psychischen Krankheiten und hirnorganischen Störungen.

Falsch ist auch die gängige Meinung, Sexualstraftäter im MRV seien besonders gefährlich. Warum nicht? Von ihnen geht nach Einschätzung von Fachleuten eine geringere Gefahr aus im Vergleich zu Sexualverbrechern, die ihre Strafe in Justizvollzugsanstalten (JVA) verbüßt haben. Und das sind immerhin zwei Drittel aller Sexualstraftäter. Woher kommt das? Nun, im Strafvollzug wird weniger therapiert, häufig wird ohne jegliche Behandlung entlassen. Immerhin werden 60 Prozent von ihnen einschlägig rückfällig und stehen innerhalb von drei Jahren wieder vor Gericht. Von ihnen geht also eine erheb-



lichere Gefahr aus als von denen, die wegen Überbelegung der Forensischen Kliniken nicht therapiert werden können. Im Maßregelvollzug beträgt die Rückfallquote bei Sexualstraftätern 20 Prozent.

Nur fünf Prozent beträgt die Zahl der Patientinnen. Frauen werden nicht so auffällig wie Männer. Der Frauenanteil von psychotischen Erkrankungen wie Schizophrenie liegt allerdings deutlich über dem der Männer. Bei diesen ist dagegen der Anteil von Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen deutlich höher. Frauen sind zumeist auf gemischtgeschlechtlichen Stationen untergebracht. Sexualdelikte wie Kindesmissbrauch kommen bei ihnen nicht vor, Wiederholungstäterinnen sind sie zumeist auch nicht, weil ihre Tat sich auf eine bestimmte Person bezieht.

Nichtsdestoweniger sind die dumpfen, unreflektierten Vorängste gegen eine forensische Klinik im unmittelbaren Wohnumfeld schwer abbaubar. So auch in Ensen-Westhoven / Poll. Selbsternannte „Volksaufklärer“, besser „Volksverhetzer“, treten dann auf, vom Mob gerufen. Sie tragen manchmal selbst paranoide Züge, die

geradezu nach Behandlung, nicht unbedingt im MRV, rufen.

Eine offene und offensive Debatte kann eigentlich nur weiterhelfen. Der Dialog mit den betroffenen Bürgern im Klinik-Planbereich am Porzer Ring, so wie er jetzt behutsam vorankommt, wird Erfolge zur Akzeptanz des Bauvorhabens zeitigen. Rückschläge durch verwirrte Hitzköpfe, die auf tagespolitische Claquere setzen, bleiben letztendlich ohne durchgreifenden Einfluss. Mahnende Stimmen im Planungs-Beirat und im Klinik-Beirat – beide noch unbesetzt – müssen gehört und in Entscheidungen eingebracht werden. Die Besetzung der Beiräte muss demokratischen Spielregeln gerecht werden und Kritikern wie Befürwortern gleichermaßen eine Meinungsbildung und Entscheidungshilfe eröffnen. Es geht bei den forensischen Kliniken weder um Strafe, Rache und Buße, noch um Schuld und Sühne und auch nicht um eine soziale „Quarantäne“-Station. Einen „Einblick“ in den Klinik-Alltag konnte man sich dieser Tage in der HALLE KALK, Neuerburgstraße, verschaffen. Dort saßen die Theaterbesucher

inmitten Lars Noréns „Schattenjungs“ (das Bild zeigt überzeugend Bruno Winzen als Olle in Torsten Fischers Inszenierung): ein bedrückender Besuch. Alle Vorstellungen waren restlos ausverkauft, alle Besucher waren über drei Stunden wahrhaft peinlich berührt (letztmals So., 18.3.).

Die Klinik auf dem bebauten Gelände der früheren belgischen Passendale-Kaserne im Wasserschutzgebiet des Wasserwerks Westhoven wird in gut drei Jahren, etwa im Sommer 2004, errichtet sein und in Betrieb genommen werden. 130 Patienten werden sich dann dort Verhaltensweisen aneignen können, die für gesunde Menschen selbstverständlich sind – zum Beispiel Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, Frust zu ertragen und – Gefühle zu zeigen.

170 Beschäftigte, darunter allein 120 pflegerische und 20 akademische Vollkräfte werden ihnen dabei helfen. Es ist vor auszusehen, dass der Klinikbetrieb im Stadtbezirk 7 Porz/Poll und darüber hinaus erhebliche Synergie-Effekte auslösen wird: nicht nur ökonomische, sondern auch soziologische. *breu*



MKS und BSE – tun auch kleinen Viechern weh

Kölns Schlachtvieh verbreitet nicht nur üblen Stallgeruch

Kein Wort dringt nach draußen. Einzig ihr übler Stallgeruch ist im Dunstkreis des Rathauses zu riechen. Die Kölner Ratsmehrheit verschanzte sich derweil vor MKS und BSE. Massentierhaltung und Schlachthof im Stadtgebiet sind offenbar exterritorial, da hat die städtische Kommunalpolitik hinweg zu sehen. Colonia Schramma begnügt sich mit einer neuen Schlachthof-Gebührensatzung und glaubt im übrigen den plakativen Versicherungen der Tierwächter in den Tier-KZ, wie das Hausschild eines Poller Schweinemästers weismachen will.

Söhne und Töchter der Wolken

Vertreibung und Exil in der Westsahara

Sie zogen vor ihrer Vertreibung mit ihren Viehherden den nach der Windrose suchenden Regenwolken im Nordwesten Afrikas hinterher. Seit einem Vierteljahrhundert leben sie nach Befreiung vom spanischen Kolonialjoch in algerischen Camps. Ohne Heimat, ohne ein Daheim. Die Sahrauis kämpfen seitdem in der Frente Polisario gegen ihre marrokanischen Treibjäger und spanischen Kolonialherren. Riesige Bodenschätze an Phosphat, Platin, Gold, Kupfer, Uran, Eisen und Erdöl werden durch die neuen Besatzer aus ihrer Heimat erde herausgeholt. Ressourcen, die sich andernorts die Großmächte USA und Co. unmittelbar durch Waffengewalt sichern und dem angestammten Volksbesitz rauben.

Nach einem UNO-Referendum von 1991 sollen die Sahrauis zwischen Selbstbestimmung oder Integration in das Königreich Marokko durch eine Volksabstimmung entscheiden. Die hierfür notwendige Unterschrift Marokkos unterblieb bislang. –

Eine Ausstellung im Rautenstrauch-Joest-Museum (RJM) macht bis zum 29. Juli die Lebensdaten dieser freiheitsliebenden Menschen deutlich.

Das Foto zeigt eine sahrauische Familie im Lager Smara/Algerien.



■ Verkehrspolitik in Köln

Bekanntlich setzt sich die PDS für den Erhalt und Ausbau des ÖPNV ein. Deshalb unterstützt die PDS-Ratsgruppe jede Maßnahme, die die Attraktivität des ÖPNV steigert. Auf Grund der Hochwasser-Situation in Köln wurden 90 cm Bahnsteige angelegt. Viele Benutzer der KVB, insbesondere Eltern mit kleineren Kindern, Behinderte sowie ältere Leute, haben sich darüber beschwert. Sie empfanden die Bahnsteige als zu hoch; zumal die Bahnsteige nicht einheitlich waren. Daher hat der Rat der Stadt Köln mit Unterstützung der PDS-Ratsgruppe auf seiner Sitzung am 8. März 2001 beschlossen, alle Straßenbahnhaltestellen flächendeckend mit einem einheitlichen Plateau von 35 cm herzustellen. Das Ratsmitglied und Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung Sengül Senol sagte in ihrer Rede, „dass der ÖPNV nur dann ein Zukunft hat, wenn er bürgerorientierten Service anbietet.“ Darüber hinaus setzte sich Ratsmitglied Sengül Senol in der Ratssitzung gegen eine Anhebung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Kölner Straßen ein. Während die Unfallzahlen in NRW sinken, sind sie in Köln gestiegen. Die Anhebung der Höchstgeschwindigkeit, die von der FDP gefordert wird, stellt daher ein falsches Signal für die Autofahrerinnen und Autofahrer dar. *sen*

■ Haushaltsberatungen

Das Schwergewicht der politischen Arbeit im Rat der Stadt Köln stellen gegenwärtig die Haushaltsberatungen zum Haushaltsplan 2001 dar. Am 4. April 2001 soll er im Rat verabschiedet werden.

Nach dem Entwurf der Stadtverwaltung weist der Verwaltungshaushalt ein Defizit von 175,2 Mio DM auf. Der Vermögenshaushalt soll um ein Drittel gekürzt werden. Der Rat muss nun einerseits versuchen, das Defizit im Verwaltungshaushalt zu beseitigen, damit der Haushaltsplan von der Aufsichtsbehörde genehmigt wird. Zum anderen muss er im Vermögenshaushalt gestalterische Impulse setzen.

Die CDU kündigte im Hinblick auf den Verwaltungshaushalt massive Kürzungen bei der Sozialhilfe an. Gleichzeitig erwarten sie höhere Gewerbesteuereinnahmen von 60 Mio. DM als die Stadtverwaltung. Diese fiktive Einnahmeerwartung wollen sie insbesondere dafür einsetzen, den Sicherheitsapparat in Köln noch weiter aufzublähen sowie die Reinigung der Straßen, Plätze und Grünanlagen zu in-

tensivieren. Ratsmitglied Sengül Senol hält die Gewerbesteuereinnahme-Erwartung der CDU für illusorisch. Mit bloßen buchhalterischen Tricks würden nach Auffassung von Frau Senol künstlich Einnahmen konstruiert. Demgegenüber tritt die PDS-Ratsgruppe dafür ein, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer durch eine Erhöhung des Hebesatzes tatsächlich und seriös zu erhöhen. Durch diese Mehreinnahmen sollen Kürzungen im sozialen Bereich vermieden werden. Außerdem müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, die maroden Schulen stärker als bisher geplant zu modernisieren. Weiterhin soll dadurch der Ausverkauf städtischen Eigentums verhindert werden. Nach Auffassung von Ratsfrau Senol stellt dies keinen geeigneten Weg dar, um Haushaltslöcher zu stopfen. Die Interessen der in dem Betrieb Beschäftigten bzw. der Mieter von städtischen Wohnungen werden dadurch massiv beeinträchtigt.

Ratsmitglied Sengül Senol wird sich in ihrer Haushaltsrede im April massiv gegen die Politik der sozialen Kälte der CDU / FDP einsetzen. „Bereits im letzten Haushaltsplan sind die Mittel für die Sozialhilfe um ca. 10 Mio DM gekürzt worden. Diese fatale Entwicklung darf auf keinen Fall fortgesetzt werden“, fordert Senol. *sen*

■ Aktuelle Stunde zum Weltfrauentag

Für die PDS-Ratsgruppe nahm Ratsmitglied Sengül Senol an der Debatte teil. Sie begrüßte die aktuelle Stunde und stellte fest, dass die Frauen nach wie vor in allen Lebenslagen benachteiligt werden. Noch immer werden sie schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Ihre Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind begrenzt. Die Hauptlast bei der Kindeserziehung wird immer noch von den Frauen getragen.

Soweit die Beschlüsse des Amsterdamer Vertrages zu Frauenfragen in die Kölner Politik einfließen sollen, mahnte Ratsmitglied Senol, dass diese die bisher beschlossene Frauenförderung in Köln nicht ersetzen dürfen.

Scharf kritisierte sie die CDU und die FDP, die die aktuelle Stunde zum Weltfrauentag als unsinnig bezeichneten. Auch kritisierte sie OB Schramma, dass er den traditionellen Empfang zum Weltfrauentag ausfallen ließ, da der Raum, indem der Empfang gewöhnlich stattfand, renoviert wurde.

Ratsmitglied Senol fragte kritisch an, warum es nicht möglich war, einen adäquaten Ersatzraum zu finden.



Marxismus: der gute Geist erscheint

Karl lebt, Jesus ist tot – beide nicht totzukriegen

Der Sozialismus ist überwunden. Trotz Parteiprogramm der PDS. Marx ist tot, Jesus lebt, brüllte noch Anfang der Neunziger der agile Norbert Blüm. Doch er täuschte nicht nur sich: In Wahrheit lebt Karl Marx und Jesus von Nazareth war immer schon tot, auch wenn seine christlichen Anhänger das nicht wahrhaben wollen. Gleichwohl: der globale Kapitalismus gibt dem Buhmann der Geschichte, Karl Marx, Verfasser des kommunistischen Manifests und des „Kapitals“ im Grunde recht! Marx hat viele Entwicklungen vorgedacht. Auch in Köln (im Bild: Marxfigur auf dem Rathausturm), wo er einige Jahre als Zeitungsredakteur verbrachte.

Marxisten sind heutzutage out. Vom revolutionären Proletariat ist nichts mehr zu sehen, der Kapitalismus hat das Sagen. Systemkritische Organisationen und Publikumsorgane führen ein Schattendasein. Trotzdem wollen nicht nur viele intellektuelle Marxisten sein und bleiben. Der WDR3 brachte in diesen Wochen eine Sendereihe „Marxismus: Das Gespenst kehrt zurück“ in den Äther. Schlusszeichen wird ein ZeitZeichen am Sonntag, 15. April 2001, von 13.05 bis 13.20 Uhr sein. Darin erinnert Martin Hubert an die Promotion des trierischen Philosophen am 15. April 1841 durch die Uni Jena. *breu*

Vom Freien und Freilieben auf dem KölnStrich

Zaghafte und halbherzige Schritte in die Berufsfreiheit

In ihrem Geschichtsband Bettler und Gaukler, Dirnen und Henker berichten Franz Irsigler und Arnold Lassotta über Randgruppen und Außenseiter im mittelalterlichen Köln: „Die städtischen Obrigkeiten haben sich auch sehr früh die pragmatische Auffassung des Kirchenlehrers Augustinus zu eigen gemacht, der in der Prostitution ein unvermeidbares Übel sah, das man, um schlimmere Gefahr für das Seelenheil zu vermeiden, in Kauf nehmen müsse. Dieser Pragmatismus, der – bei aller moralischen und sozialen Diskriminierung der Dirnen selbst – eine gewisse Anerkennung der gesellschaftlichen Notwendigkeit der Prostitution bedeutete, war geboten ... Hinzu kam eine Reihe weiterer Gesichtspunkte: Man konnte Auswüchse – ähnlich wie beim Bettlerwesen – nur steuern, indem man kontrollierte und im Rahmen dieser Kontrolle ein bestimmtes Maß an Vergünstigungen oder Privilegien gewährte; damit bekam das Dirnenwesen einen gewissermaßen ‚öffentlichen‘, fast legalen Charakter.“ (Kap. IX 1., S. 179 aa0)

In diese Richtung zielen die gemeinsam von Verwaltung, Polizei und Sozialdienst erarbeiteten Maßnahmen, die dem Utrechter Vorbild („Utrechter Modell“) weitgehend nachempfunden sind:

► Verlagerung des Straßenstrichs rund um den Reichenspergerplatz zum Parkplatz vor dem Schwulentreff „Cranachwäldchen“ im Niehler Hafengebiet der Straße „Am Molenkopf“ als Anbahnungsbereich (s. Foto 1),

► Aufstellung von einem Dutzend „Stichboxen“, in die die Freier mit ihrer Favoritin hineinfahren, ohne ihrerseits vom Fahrersitz aus das Auto nach links wegen der Boxenwandnähe verlassen zu können, als Verrichtungsort (s. Foto 2),

► Schaffung von zusätzlichen Sichtblenden durch Dauergrün,

► Errichtung eines Toilettenhäuschens mit Waschgelegenheiten für die Frauen,

► Abschirmung des Sportgeländes durch Zäune mit Sichtschutz gegen Spanner,

► Erweiterung des Sperrbezirks um diese Straßenzüge im Niehler Hafen,

► temporärer Wegfall des Sperrbezirks im Anbahnungs- und Verrichtungsbereich für täglich 8 Stunden von 19.00 bis 3.00 Uhr (Toleranzzeit),

► tägliche Fürsorge vor Ort bis 1.00 Uhr nachts durch einen Sozialdienst (SKF) in einem Klein-Wohnmobil,

► ordnungsrechtliche Sicherungsmaßnahmen durch (8) besonders geschulte und mit der Thematik vertraute feste Polizeibeamte,

► keine namentliche Erfassung der Prostituierten durch die vor Ort tätigen Dienste,

► geschätztes Investitionsvolumen für unabdingbare Maßnahmen: DM 673.900,-, ► Umsetzung des Projektes im Frühsommer 2001.

Fazit: Mit dem abgewandelten „Utrechter Modell“ wird ein erster Schritt auf dem Weg zur Anerkennung von Prostitution als Beruf getan. Wie für andere Gewerbe schon längst üblich, wird ein Gewerbegebiet für Huren ausgewiesen und die dafür notwendige Infrastruktur geschaffen. Eine Ausweisung und Festschreibung im Flächennutzungs- und Bebauungsplan Köln sollte erfolgen, sobald das neue Gewerbegebiet auf Dauer ausreichend angenom-



men worden ist und die berufliche Gleichstellung der Prostituierten Rechtskraft erlangt hat.

Abzusehen ist bereits heute, dass nicht alle Huren freiwillig zum Niehler Hafen umsiedeln werden. Der Platz in der Innenstadt ist wesentlich lukrativer als am Stadtrand. Mit Zwangsdeportationen aus dem Innenstadtbereich muss rechnen, wer den „Umzugstermin“ verpasst, so CDU-OB Schramma jüngst gegenüber 20 MINUTEN. Dabei sollte die Stadt die Einrichtung des Areals als freies Angebot verstehen, das angenommen oder abgelehnt werden darf. Es darf mithin keinen Zwang für Prostituierte geben, nur noch dort auf der Straße zu arbeiten. Ansonsten verstieße es gegen das Recht auf freie Berufsausübung. Nur so kann noch befristet hingenommen werden, dass die längst durch die Lebenswirklichkeit überholte Sperrbezirksverordnung wiederum als brüchiger Krückstock dafür herhalten muss, Prostituierte in ein Gebiet abzudrängen, das eigens dazu als Sperrgebiet ausgerufen wird, um eine Handhabe gegen sie außerhalb der Tole-

ranzzeit von 19.00 bis 3.00 Uhr, also in der „Intoleranzzeit“, zu haben.

Weitere Schritte, so wie sie von Abgeordneten der PDS-Bundestagsfraktion mit MdB Christina Schenk durch einen Gesetzentwurf zur beruflichen Gleichstellung von Prostituierten und anderer sexuell Dienstleistender (BT-Ds 14/4456) vorgestellt wurden, müssen alsbald folgen; SPD und Grüne sind sich ja damit vereinbarungsgemäß im Wort.

Und noch eines: Das OVG Münster hat in einer Entscheidung zur Straßenprostitution aus dem Jahr 1988 (NvmZ-RR 89, 75 f) zutreffend erkannt, dass erst die aus der Sperrgebietsverordnung oftmals resultierende Zusammenpferchung der Anbieterinnen sexueller Dienstleistungen zu einer (angeblich) gesteigerten Kriminalität im so genannten Umfeld führt.

Seriösen Schätzungen zufolge gibt es in Deutschland etwa 400.000 Prostituierte, überwiegend sind dies Frauen. Ihre Dienste werden täglich von über einer Million Männern in Anspruch genommen. Prostitution ist ein äußerst lukrativer Wirtschaftszweig, in dem geschätzte jährliche Umsätze von bis zu zwölf Milliarden Mark (!) erzielt werden. Davon kann manch anderer Gewerbebereich nur träumen! Vom Umsatz der Huren leben direkt und indirekt Millionen

Bürgerinnen mit. Ihr Hurenlohn bezahlt letztlich auch über ihre gezahlten Steuern öffentliche Aufgaben mit. Nur eines nicht: eine Lobby, die sich für ihr Rechte stark macht. Eine gewerkschaftlich oder parteilich orientierte Gruppe der Tausenden Kölner Huren, Dirnen oder wie immer sie sich selbst nennen mögen, gibt es in Köln nicht. Schade. *breu*

Termine

Jeden Mittwoch, 18.00 Uhr: Offener Treff der PDS Offene Liste mit allen Freunden und Interessierten zur laufenden Arbeit im Rat und den Bezirksvertretungen im Ratsbüro, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3.

3.4.: PDS-Treff zum Thema: Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Ehrenfeld

PDS-Ortsgruppe Mülheim ab jetzt jeden 3. Montag im Monat, 19 Uhr, MüTZe, Berliner Str. 77, im April 23.4. (wegen Ostern), dann: 21.5., 18.6., im Juli keine Sitzung